

1331

# Stenographisches Protokoll.

## 118. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich.

Freitag, den 4. November 1927.

### Inhalt.

**Personalien:** Abwesenheitsanzeigen (1331) — Angelobung Marie Deutlmayr (1331) — Immunitätsangelegenheit Tuller — Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten (1332).

**Bundesrat:** Zusage des Landeshauptmannes von Oberösterreich, betr. die vom o. ö. Landtag vorgenommene Ergänzungswahl in den Bundesrat (1331).

**Bundesregierung:** Zusage des Bundeskanzlers, betr. die Enthebung des Bundesministers Dr. Franz Dinghofer vom Amte (1331).

Zusage des Vizekanzlers, betr. die Angelobung des vom Hauptausschuß vorläufig zum Bundesminister für Justiz bestellten Abg. Dr. Franz Dinghofer (1331).

Zusage des Bundeskanzlers, betr. die durch den Nationalrat erfolgte Wahl des Abg. Dr. Franz Dinghofer zum Bundesminister für Justiz (1332).

**Zuschriften der Bundesregierung:** Mitteilung des Bundeskanzleramtes über folgende, vom Nationalrate gefaßten Gesetzesbeschlüsse: 1. Dritte Zolltarifnovelle; 2. Abänderung des § 3 des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1924 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Juli 1925, betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperchaften zu den Bundesbehörden (1332).

**Zusage des Ministeriums für soziale Verwaltung:** Vorlage einer Übersicht über die aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1927 bewilligten Beihilfen (1332).

**Verhandlungen:** 1. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Dritte Zolltarifnovelle (B. 64) — Berichterstatter Stöckler (1332 u. 1342), Tausl (1333), Rötter (1334), Höpfl (1337), Kandler (1338), Pechall (1340), Christoph (1341) — Kein Einspruch (1343);

2. Mündlicher Bericht, betr. die Abänderung des § 3 des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1924 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Juli 1925, betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperchaften zu den Bundesbehörden — Berichterstatter Sturm (1344) — Kein Einspruch (1344).

**Ausschüsse:** Wahl Deutlmayr (an Stelle Tuller) als Mitglied des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten und des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie als Ersatzmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (1332).

Eingebracht wurde:

**Antrag:** Dr. Bichl, betr. die Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften (24/A) — Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten (1344).

Vorsitzender Dr. Nehrl eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 4. August als genehmigt.

Entschuldigt sind Frau Starhemberg, Dr. Bader und Linder.

Eingelangt ist folgende Zusage:

„Mit Beschluß des o. ö. Landtages vom 17. Mai 1925, h. a. Note vom 19. Juli 1925, Z. 56, wurde seitens der sozialdemokratischen Partei Herr Landtagsabgeordneter Eduard Tuller in den Bundesrat gewählt, als Ersatzmann Landtagsabgeordneter Josef Damez. Erstgenannter hat nun mit Rücksicht auf seine Wahl zum Vizebürgermeister der Landeshauptstadt Linz sein Bundesratsmandat niedergelegt. Am 21. September l. J. ist der Ersatzmann Herr Landtagsabgeordneter Josef Damez mit Tod abgegangen.“

Der o. ö. Landtag hat nun in seiner Sitzung vom 26. Oktober l. J. die Wahl eines Mitgliedes und Ersatzmannes für den Bundesrat im Grunde des Artikels 35 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920, B. G. Bl. Nr. 1, beziehungsweise vom 30. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 28, vorgenommen.

Ich beehre mich, mitzuteilen, daß Frau Landtagsabgeordnete Marie Deutlmayr in den Bundesrat, als Ersatzmann Herr Landtagsabgeordneter Gustav Chart einstimmig gewählt worden ist.

Linz, am 28. Oktober 1927.

Der Landeshauptmann:

Dr. Schwegel.“

Die neugewählte Bundesrätin Marie Deutlmayr leistet die Angelobung.

Es sind weiters folgende Zuschriften eingelangt:

„Der Herr Bundespräsident hat mit dem Schreiben vom 30. August 1927, den Herrn Bundesminister Dr. Franz Dinghofer vom Amte eines Bundesministers gemäß Artikel 78, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes entbunden.“

Hievon beehre ich mich, behufs weiterer Veranlassung die Mitteilung zu machen.

30. August 1927.

Seipel.“

„Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen, daß der vom Hauptausschuß des Nationalrates in seiner Sitzung vom 31. August 1927 gemäß Artikel 70,

1332

118. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 4. November 1927.

Abf. 3 und 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes zum Bundesminister für Justiz vorläufig bestellte Abg. Dr. Franz Dinghofer am 31. August 1927 die Angelobung in die Hände des Herrn Bundespräsidenten geleistet hat.

1. September 1927.

J. B. Hartleb."

"Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 16. September d. J. gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes den mit Beschluß des Hauptausschusses des Nationalrates vom 31. August d. J. zum Bundesminister für Justiz vorläufig bestellten Abg. Dr. Franz Dinghofer zum Bundesminister für Justiz gewählt.

Hievon beehre ich mich, mit dem Beifügen Mitteilung zu machen, daß Bundesminister Dr. Franz Dinghofer sich bereit erklärt hat, diese Wahl anzunehmen, und die in Artikel 72, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes vorgeschriebene Angelobung bereits gelegentlich seiner vorläufigen Bestellung zum Bundesminister für Justiz durch den Hauptausschuß des Nationalrates gemäß Artikel 70, Absatz 3 und 4, des Bundes-Verfassungsgesetzes am 31. August 1927 geleistet hat.

30. September 1927.

Seipel."

Dient zur Kenntnis.

**Vorsitzender:** Ich habe die Ehre, den Herrn Bundesminister für Justiz Dr. Dinghofer in dieser seiner Amtseigenschaft dem Bundesrate vorzustellen.

Das Bundeskanzleramt teilt den vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschluß, betr. die Dritte Zolltarifnovelle, mit.

**Vorsitzender:** Ich habe diese Vorlage gemäß § 29 der Geschäftsordnung dem Ausschusse für wirtschaftliche Angelegenheiten zugewiesen, der darüber Vorberatung gepflogen und seinen Bericht für den Bundesrat festgestellt hat.

Ich beantrage, daß dieser Bericht bei Umgangnahme von der 24 stündigen Verteilungsfrist sofort in Verhandlung genommen werde.

Der Antrag wird, nachdem der Vorsitzende die Beschlußfähigkeit des Bundesrates festgestellt hatte, mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Das Bundeskanzleramt teilt ferner den vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschluß über die Abänderung des § 3 des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1924, B. G. Bl. Nr. 259, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 239, betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zu den Bundesbehörden, mit.

**Vorsitzender:** Dieser Gesetzesbeschluß wurde gemäß § 29 der Geschäftsordnung dem Ausschusse für wirtschaftliche Angelegenheiten zugewiesen, der

darüber Vorberatung gepflogen und einen Bericht erstatter für den Bundesrat bestellt hat.

Ich beantrage, daß dieser Gesetzesbeschluß bei Umgangnahme von einem schriftlichen Ausschußbericht auf Grund mündlicher Berichterstattung sofort in Verhandlung genommen werde.

Auch dieser Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Das Bezirksgericht in Strassaden Graz ersucht um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Bundesrates Ludwig Tuller wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Diese Zuschrift wird dem Ausschusse für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten zugewiesen.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat eine Übersicht über die aus den Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1927 bewilligten Beihilfen hieher übermittelt.

Diese Übersicht liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

An Stelle Tuller wird über vereinbarten Wahlvorschlag Frau Bentelmayr als Mitglied des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten und des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten sowie als Ersatzmann des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten gewählt.

Es wird zur L. D. übergegangen. Der erste Verhandlungsgegenstand ist der Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 27. Oktober 1927, betr. die Änderung des Zolltarifgesetzes vom 5. September 1924, B. G. Bl. Nr. 445, in der Fassung der Zolltarifnovellen vom 18. März 1926, B. G. Bl. Nr. 68, und vom 28. Juli 1926, B. G. Bl. Nr. 219 (Dritte Zolltarifnovelle) (B. 64).

**Berichterstatler Stöckler:** Hoher Bundesrat! Namens des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten erlaube ich mir, über den Beschluß des Nationalrates vom 27. Oktober, betr. Änderung des Zolltarifgesetzes vom 5. September 1924, die sogenannte Dritte Zolltarifnovelle, zu berichten. Es hat sich seit 1924 herausgestellt, daß der Zolltarif einer Ergänzung bedarf, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß der autonome Zolltarif bei Verfassung von Handelsverträgen nicht immer den Erwartungen entsprach, die wir an ihn geknüpft hatten. Dies war auch kein Wunder, da unser österreichisches Zollgesetz eines der ersten war, die nach dem Kriege von einzelnen Staaten beschlossen wurden. Man konnte daher selbstverständlich die Wirkungen nicht voraussehen, bevor auch die anderen Nachbarstaaten, mit denen wir besonders innige Handelsbeziehungen pflegen, ihre Zollgesetze geschaffen hatten. Es hat sich herausgestellt, daß die anderen Staaten ihre autonomen Zölle wesentlich höher erstellt haben als Österreich, und es wurde hier im Parlament einmal bildlich sehr drastisch dargestellt, wie

wir mitten in Europa eigentlich die niedrigsten Zollmauern haben, die unseren Verhältnissen durchaus nicht entsprechen. Es lag gewiß nicht in unserer Tendenz, uns mit hohen Zollmauern zu umgeben, aber leider kann unser Österreich als ein kleines Eiland mitten in Europa nicht tun, was es will, sondern muß sich nach den anderen Staaten richten. Insbesondere die Positionen für die sogenannten agrarischen Produkte haben sich als für Zollverhandlungen ungeeignet insofern erwiesen, als sie für die Vertragsverhandlungen keinen entsprechenden Spielraum ließen, sondern im autonomen Zollsatz so niedrig gehalten waren, daß man davon einfach nichts mehr nachlassen konnte. Infolgedessen hat auch die Industrie häufig nicht jenen Schutz erlangt, dessen sie bedurft hätte, weil eben keine Kompensation bei agrarischen Artikeln möglich war. Im autonomen Zollsatz war speziell bei dem Zoll auf Getreide eine Neuerung enthalten, der sogenannte gleitende Zollsatz. Ich betone, daß auch ich persönlich ein Freund dieser Maßregel war, natürlich mit dem Vorbehalt, daß man erst sehen muß, wie diese Einrichtung sich im Laufe der Zeit auswirkt. Nun hat sich gezeigt, daß der gleitende Zoll bei seiner Anwendung gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt; insbesondere hat es sich als verfehlt erwiesen, daß zwar der Zoll auf Getreide ein gleitender war, dagegen der Zoll auf Mehl ein starrer. Dadurch wurde bei fallenden Getreidepreisen, wo für Getreide der höhere Zollsatz Anwendung fand, der Schutz ein immer geringerer, da der Zoll für Mehl sich nicht veränderte. Unser Land wurde in solchen Fällen vom Ausland her mit großen Mehlmengen überschwemmt, und es kam wenig Getreide herein. Dadurch fehlten uns vor allem die als Futtermittel wertvollen Abfallprodukte des Getreides, und es kam zu einer katastrophalen Verteuerung der Futtermittel, wie sie früher nie zu beobachten war, indem Abfallprodukte mehr als 50 Prozent des Preises der Hauptprodukte notierten. Das waren auf die Dauer unhaltbare Verhältnisse, und nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch ganz besonders die Mühlenindustrie hat diese Verhältnisse so schwer zu spüren bekommen, daß heute unsere österreichische Mühlenindustrie sich in einer gewissen Gefahr befindet, nicht mehr weiterbestehen zu können. Schon dies allein hat es notwendig gemacht, hier eine Abänderung zu treffen.

Es sind auch Zollsätze anderer agrarischer Produkte, zum Beispiel für Vieh, Butter usw., erhöht worden, weil sich gezeigt hat, daß unser Inlandprodukt nicht den nötigen Absatz finden kann, bei der Überschwemmung vom Ausland her, und daß die Produktionskosten vielfach nicht gedeckt wurden.

Ähnliche Verhältnisse haben auch dazu geführt, daß eine große Anzahl Positionen für sogenannte industrielle Produkte erhöht wurden. Es wurden

auch einzelne Positionen erniedrigt, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse gezeigt haben, daß das notwendig ist.

Es wurde vielfach die Sorge laut, daß durch diese Erhöhungen der Konsum zu stark belastet werden würde. Bei einzelnen Artikeln, wie zum Beispiel bei Margarine und bei Zement, sind vom Nationalrat Preisbindungen beschlossen worden, so daß auch der Gefahr vorgebeugt worden ist, daß hier mit Preissteigerungen Mißbrauch getrieben werden könnte. Durch diese Preisbindungen ist es ermöglicht, wenn eine ungerechtfertigte Preiserhöhung stattfindet, den Zollsatz auszuschalten. Wir glauben, daß dadurch alle Vorichtsmaßregeln getroffen wurden, damit unser Zollgesetz nicht mißbraucht werden kann, sondern dasselbe nur den praktischen wirtschaftlichen Verhältnissen diene. Aus diesem Grunde, hoher Bundesrat, hat der Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten beschlossen, gegen diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, und ich ersuche nun, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Frau **Tausk**: Hohes Haus! Das vorliegende Gesetz befriedigt uns nicht, aber es kann nicht meine Aufgabe sein, hier zu versuchen, Ihnen in etwa einer halben Stunde alle die Argumente vorzubringen, die gegen das Gesetz vorzubringen sind, und Sie davon zu überzeugen, wenn es in achtmonatigen eindringlichen Verhandlungen im Zollausschuß nicht gelungen ist, Sie zu überzeugen und Sie zu einer gerechten Vertretung der Interessen auch Ihrer Wähler zu bewegen. Ich kann es nicht unternehmen, Sie in einer halben Stunde davon zu überzeugen, wovon Sie in 210 Stunden der Verhandlungen des Zollausschusses nicht überzeugt worden sind.

Wenn wir trotzdem hier im Bundesrat noch einmal unsere warnende Stimme gegen dieses Gesetz erheben, so geschieht es in der Überzeugung, daß vielleicht ein letzter Appell zur Ehrenrettung der Demokratie nicht vergeblich sein wird. Ich brauche mich nicht an die Angehörigen meiner Fraktion zu wenden, die sowieso Gegner dieses Zollgesetzes sind. Aber ich wende mich an die Christlichsozialen, die ja vorgeben, Volksvertreter zu sein und alle Schichten der Bevölkerung zu vertreten. Wie können Sie dann einem Gesetze zustimmen, das die große Mehrheit Ihrer eigenen Wähler schwer schädigt und offenbar nur dem Drucke entsprungen ist, den eine ganz kleine, allerdings mächtige Schicht auf Sie ausgeübt hat? Wie können Sie, die Sie Ihre Macht der Mehrheit der Frauenstimmen verdanken, ein solches Gesetz beschließen, das heute schon die große Mehrheit der Hausfrauen schwer beunruhigt, trotzdem die Brotverteuerung gar nicht unmittelbar durch das jetzt beschlossene Gesetz wirksam werden soll, weil die Positionen Mehl und Getreide, diese gefährlichsten Zölle, gar nicht sofort in Kraft treten.

1334 118. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 4. November 1927.

Sie glauben, vorschützen zu müssen, daß es ein agrarisches Interesse sei, das Sie vertreten, daß Sie die Landwirtschaft schützen müssen. Wir verschließen uns niemals der Notwendigkeit, die heimische Landwirtschaft zu schützen. Aber wer wird von dieser Teuerung profitieren? Die heimische Landwirtschaft, die große Menge der kleinen und mittleren Bauern gewiß nicht, sondern eine dünne Schicht von Großgrundbesitzern.

Der Kleinbauer, der einen größeren Teil dessen, was er für sich braucht, einkaufen muß, als er am Schlusse des Erntejahres verkaufen kann, muß durch die höheren Preise mehr daraufzahlen, als er beim Verkauf seiner Produkte einnimmt. Wir wollen die heimische Viehzucht fördern; das muß aber keineswegs durch Einfuhrzölle geschehen, sondern würde weitaus wirksamer durch Mastprämien erfolgen, da wir dann erstens konkurrenzfähige Leistungen erzielen würden und zweitens den Nachteil vermeiden könnten, daß durch die Verteuerung der Futtermittel gerade die Mast gehemmt wird. Es gibt noch viele solcher Argumente, die Ihnen allen sehr gut bekannt sind, und ich weiß, daß Sie zuweilen gar nicht der Stimme Ihres Gewissens gehorchen (*Widerspruch*), daß viele von Ihnen nicht der Stimme Ihres Gewissens gehorchen, wenn Sie für ein solches Gesetz stimmen, sondern daß Sie unter dem Diktat einer dünnen Schicht von Großgrundbesitzern (*Widerspruch*) und unter dem Diktat der Industriellen vom Schwarzenbergplatz stehen (*Widerspruch*), wenn Sie diesem Gesetze zustimmen. Vielleicht halten Sie es für illusionär und weltfremd, wenn man versucht, Sie hier zu überzeugen, wo man doch im einzelnen am Gesetz nichts mehr ändern kann und Sie schon mit gebundener Marschroute hergekommen sind. Aber wenn wir die Würde dieses Hauses hochhalten wollen, wenn wir den Glauben an die Demokratie nicht aufgeben wollen, müssen wir doch noch einmal den ersten Versuch unternehmen, diejenigen zu überzeugen, die guten Willens sind und als ehrliche Demokraten wirklich die Interessen ihrer eigenen Wähler vertreten wollen. Die Interessen unserer Wähler zu vertreten, bleibt ohnehin uns überlassen, und ich brauche mich diesbezüglich nicht an unsere eigene Fraktion zu wenden. Bedenken Sie aber, wer alles von diesem Gesetz einen Schaden haben wird: die große Masse der Arbeiterschaft, die große Masse der Festangestellten, die große Masse der Kaufleute, die große Masse der Kleinbauern. Wessen Interessen bleiben da noch übrig, die Sie als Volksvertreter hier vertreten wollen? Ein Hochschutzzoll hat doch nur für den einen Sinn, der weitaus mehr verkaufen kann, als er braucht, und dann bleibt noch zu bedenken, daß ihm selbst wieder alle Industrieerzeugnisse durch die Rückwirkung der Teuerung auf die gesamte Wirtschaft verteuert werden. Alle diese Argumente sind Ihnen

bekannt. Heute können Sie nur mehr eines tun: Sie können die Ehre der Demokratie retten, Sie können die Würde und die Existenzberechtigung dieses Bundesrates wahren, wenn Sie nicht mit gebundener Marschroute hieher kommen, sondern Ihrem Gewissen gehorchen und Einspruch gegen dieses Gesetz erheben.

Der einzige Sinn dieses Bundesrates kann es noch sein, daß er sozusagen das letzte Gehege darstellt, bevor ein Gesetz, das das Schicksal von Millionen Menschen bestimmt, endgültig das Parlament verläßt. Sie haben heute noch die Möglichkeit, Einspruch zu erheben und der ganzen Bevölkerung die Beruhigung zu geben, daß hier nicht aus Gehorsam gegen das Diktat einer dünnen Schicht der besitzenden Klasse ein Gesetz beschlossen wird, das ungezählten Existenzen zum Verhängnis werden muß, das heute schon die Existenz von Arbeitern und Festangestellten bedroht, das heute schon die Mütter nicht nur des Proletariats, sondern auch die Familienmütter des Mittelstandes auf das schwerste beunruhigt, das heute schon die Zukunft, die Gesundheit, die Ernährung der Kinder in den kommenden Jahren in Gefahr bringt. Gehorchen Sie Ihrem Gewissen, lassen Sie sich nicht von einer formalen Demokratie beeinflussen, die jede Seele verloren hat, und stimmen Sie gegen diesen Antrag der Bundesregierung! Erheben Sie mit Ihren Stimmen, frei Ihrem Gewissen gehorchend, Einspruch gegen das vorliegende Gesetz über die Zolltarifnovelle! (*Beifall und Händeklatschen.*)

**Rotter:** Hohes Haus! Die sehr geehrte Vorrednerin hat in beweglichen Worten geschildert, welche Nachteile es bringen wird, wenn dieser Zolltarif Gesetz werden sollte. Die geehrte Vorrednerin weiß ganz genau, daß dieser Zolltarif eigentlich nur ein Verhandlungstarif ist, daß diese Sätze nicht so in Kraft treten werden, wie sie vorgeschlagen sind. Das, was sie uns heute gesagt hat von der Teuerung, die dann kommen wird, haben wir schon im Jahre 1924 gehört. Auch damals wurde von der sozialdemokratischen Partei behauptet, es werde eine Teuerungswelle kommen, und sie ist dennoch gekommen, wie wir ja alle wissen. (*Widerspruch.*)

Es wäre ja sehr angenehm, wenn wir nach dem Rezept handeln könnten, das uns immer die Sozialdemokraten vorschlagen: Öffnet die Grenzen, laßt alles herein, damit die Konsumenten billig leben. Das wäre ja gewiß sehr schön, wir wissen aber, was alles eingeführt wird, das muß durch Arbeit bezahlt werden. Wir haben jährlich für 1100 Millionen Schilling Handelspassivum. Wie lange halten wir das noch aus? Wie leben wir denn eigentlich in diesem Österreich? Wir leben wie jemand, der nicht genug Einkommen hat, der mehr ausgibt, als er einnimmt, der dann gezwungen ist, zuerst zu versetzen, dann zu verkaufen und schließlich vis à vis de rien steht. Wir müssen infolgedessen, weil ein

großer Teil der Bevölkerung nicht weiß, wie er sich zu verhalten hat, gewisse Vorsorgen treffen auch auf diesem Gebiet, damit wir nicht von Artikeln überflutet werden, die wir zum Teil nicht brauchen. Wie schaut es denn bei uns in Österreich aus? Haben wir vor dem Kriege einmal gehört, daß man Bananen gegessen hätte? (*Ruf: Ausgerechnet Bananen!*) Das ist eine Erfindung der Neuzeit. Oder Orangen! Unmassen von Orangen werden jetzt eingeführt. Das alles hat man früher nicht gekannt. Der Roggenbrotkonsum geht zurück, dafür steigt der Konsum von mürbem Gebäck. Auch das ist bezeichnend für die Sinnesänderung unserer Bevölkerung. Wir haben den Krieg verloren, wir sind vollständig verarmt und haben jetzt dennoch vielmehr Ansprüche als vor dem Kriege. Ein anderes Beispiel: Wir müssen Mastochsenfleisch aus Rumänien beziehen; Hammelfleisch oder Gefrierfleisch wird bei uns nicht gegessen. Sie sehen daraus, wie unsere Bevölkerung eigentümlich ist. Wenn wir darauf hinweisen, was alles eingeführt wird, das nicht notwendig ist, dann wird jeder erkennen, wie notwendig es ist, in dieser Hinsicht Einhalt zu gebieten.

Die Sozialdemokraten tun so, wie wenn es nur bei uns Zölle gäbe und anderswo nicht. Es wurde nachgewiesen, daß wir die niedrigsten Zölle haben. Nur vier Staaten — Dänemark, Holland, Belgien und die Schweiz — haben noch niedrigere Zölle als wir; alle anderen Länder haben höhere Zölle. Es ist also nicht eine Eigentümlichkeit Österreichs, daß es Zölle einführt, sondern auch wo anders haben wir solche Zölle. Es ist auch nicht so, wie die Frau Borrednerin ausgeführt hat, daß wir uns dem Diktat einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern fügen. Erst gestern hat Ihr Organ „Die neue Wirtschaft“ geschrieben: Die Großgrundbesitzer in Österreich kann man in einem Extrazimmer zusammenbringen. Das sind so wenig Leute, daß sie gewiß keinen Einfluß haben auf die Zollpolitik in Österreich. Es wird besonders auf die Agrarzölle geschimpft. Nun, die Agrarzölle machen 16 Prozent des Warenwertes aus. Im alten Österreich waren es 26 Prozent. Anderwärts ist es auch nicht anders. Wir haben kein Land, das einen geringeren Zoll auf Getreide hat als 16 Prozent des Wertes. In Deutschland ist er 20 Prozent, in Frankreich 25 Prozent, in Italien 27 Prozent, in der Tschechoslowakei 34 Prozent, in Jugoslawien geht dieser Zoll sogar bis zu 36 Prozent.

Nun haben die Sozialdemokraten bei der letzten Zolltarifnovellierung ein Allheilmittel darin gefunden, daß sie gesagt haben, man möge den gleitenden Zoll für Getreide einführen. Das hat man gemacht, obwohl es bekannt ist, daß man in England schon vor 100 Jahren mit der Einführung gleitender Zölle schlechte Erfahrungen gemacht hat. Man hat sich dazu durch den Vorschlag Otto Bauers verleiten

lassen, und der Herr Referent hat bereits aufgezeigt, daß die Folge keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der ganzen Situation war.

Nun wird von den Sozialdemokraten in Versammlungen, in der Presse und hier im Hause immer verlangt, die Regierung möge Einfluß darauf nehmen, daß die Teuerung nicht weiter fortschreitet. Diese Forderung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Ausführungen der Sozialdemokraten. Dabei verlangen sie merkwürdigerweise zum Teil die Anwendung vormärzlicher Mittel, sogar das Verbot der Teuerung durch Polizeimaßregeln. (*Ruf: Das hat der Ramek einmal versucht!*) Weil Sie ihn fortwährend dazu gedrängt haben. Wir lesen alle Tage in der Zeitung, man solle den Erzeugern verbieten, die Waren teurer zu verkaufen, das Preistreibereigeseß dürfe nicht abgebaut werden usw. Sie könnten uns ja selbst einmal zeigen, wie man die Ware billiger herstellt, wenn das Rohprodukt im Preise steigt. Sie haben uns zum Beispiel bei den Hammerbrotwerken nicht bewiesen, wie man das macht, sondern haben sich dort als dieselben Preistreiber gezeigt wie der Fried. (*Beifall.*) Wenn der Fried eingesperrt wird, gehören auch die Direktoren der Hammerbrotwerke ins Gefängnis. (*Ruf: Was würden Sie tun, wenn die Bäcker eingesperrt würden?*) Die treiben die Preise nicht in die Höhe, sondern haben im Gegenteil immer billigere Preise als die Fabrikanten. Mit solchen Witten und Zwischenrufen werden Sie bei mir durchaus nichts erreichen. (*Zustimmung.*) Aber nicht nur bei den Hammerbrotwerken haben Sie gänzlich versagt. Die Gemeinde Wien besitzt eine ganze Anzahl von Betrieben, in denen sie auch zeigen könnte, was sie vermag. Die Gemeinde Wien hat 90 Prozent der Aktien einer landwirtschaftlichen Gesellschaft, hat aber durch die Tätigkeit dieser Gesellschaft gar nichts bewiesen. Vizebürgermeister Emmerling hat zwar erklärt, man werde ganz Wien mit Milch und Gemüse versorgen, in Wirklichkeit erzeugen Sie aber nicht einmal so viel, als Sie für Deputate brauchen. Das ist das Ergebnis Ihrer landwirtschaftlichen Experimente. (*Zustimmung.* — *Klein: Sie versorgen ganz Wien mit Ihrem Kohl!*) Herr Klein, auf dieses Gebiet will ich Ihnen durchaus nicht folgen, denn Sie verstehen davon am wenigsten. Auch die Schweineanstalt Bernhofen und die Gemüse M. G. sind Fälle, wo Sie versucht haben, die Lebensmittelzufuhr nach Wien zu verbessern und die Preise zu verbilligen, und auch in diesen Fällen haben Sie gänzlich versagt. Sie haben also gar keine Ursache, gegen die Landwirtschaft irgendwie vorzugehen. Die Gemeinde Wien hat nur dort etwas erreicht, wo sie Monopolbetriebe hat, und wie es bei diesen Betrieben zugeht, möchte ich heute lieber unerörtert lassen. Ich war ja durch Jahre Mitglied des Untersuchungsausschusses der Gemeinde Wien und weiß,

1336

118. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 4. November 1927.

was da vorgeht, was für Bilanzschiebungen stattfinden (*Widerspruch*) und wie die Defizite durch Steuern gedeckt werden. (*Schorsch: Das ist nicht richtig!*) Kollege Schorsch, Sie waren selbst Mitglied des Unternehmungsausschusses und wissen genau, was dort vorgegangen ist.

Am ärgsten ist die Sache bei der Fleischversorgung. Die Gemeinde Wien hätte hier besonders Gelegenheit, verbilligend einzugreifen. Was tut aber die Gemeinde Wien? Seitdem Wien unter der sozialistischen Herrschaft steht, hat die Gemeinde nicht verbilligend eingegriffen, wie es früher der Fall war, sondern nur verteuernd. Sie hat eine Menge neuer Gebühren eingeführt, die früher nicht bestanden, zum Beispiel die Viehbeschauggebühr. (*Zwischenruf Schabes.*) Herr Schabes, Sie wissen gar nichts von dieser Sache. (*Zwischenrufe.*)

Die Gemeinde Wien hat eine Bahnbeschauggebühr und eine Untersuchungsgebühr bei den Privatschlachtungen eingeführt. Das sind zwei neue Gebühren, die unbedingt verteuernd wirken. Weiter! Früher ist die Gebühr nach Gewicht und Qualität bestimmt worden, jetzt wird sie nach dem Preis bestimmt. Das ist ein bedeutender Unterschied gegen früher. Die Folge davon ist: steigt der Viehpreis, dann steigt auch die Marktgebühr. Die Gemeinde Wien hat somit ein Interesse daran, daß die Preise steigen. Statt daß sie trachten sollte, die Fleischpreise herunterzusetzen, treibt sie sie dadurch hinauf, daß sie an der Verteuerung des Fleisches mitprofitiert.

Die Gebühren werden nicht nach den laufenden Viehpreisen festgesetzt, sondern nach den durchschnittlichen Vormonatspreisen. Zu diesen Vormonatspreisen kommt dann noch eine automatische Gebühr. Die Grundgebühr — ich würde bitten, daß die Herrschaften jetzt aufpassen, damit sie nicht dann in den Versammlungen behaupten, daß sei alles nicht wahr — stellt sich folgendermaßen dar: Im Jahre 1922 war die Grundgebühr  $\frac{1}{2}$  Prozent des Preises, im Jahre 1927 ist sie  $1\frac{1}{2}$  Prozent des Preises, also um 300 Prozent höher als im Jahre 1922. (*Hört!*)

Dazu kommt noch, daß zum Beispiel die vor dem Kriege nicht bestandenen Beschauggebühren seit dem Jahre 1923 mehr als verdoppelt wurden. Diese Gebühr betrug im Jahre 1923 für Großvieh pro Stück 2.11 S, im Jahre 1927 4.68 S. Also mehr als noch einmal soviel. (*Ruf: Die Staatssteuern sind auch gestiegen!*) Wir reden von den Gebühren und nicht von den Steuern. Ich will feststellen, daß die Gebühren sich innerhalb von vier Jahren wesentlich erhöht haben. (*Klein: Deshalb sind Sie für die Erhöhung der Mietzinse?*) Das ist eine dumme Frage. Wir sind jetzt bei den Gebühren auf den Märkten und nicht bei der Mietengesetzvorlage. Sie wollen das nicht hören; ich begreife, daß Ihnen die

Konstatierung unangenehm ist, was Sie auf diesem Gebiete treiben.

Bei den Schweinen war im Jahre 1923 die Beschauggebühr 79 g, im Jahre 1927 beträgt sie 1.76 S, sie ist also mehr als verdoppelt.

Bei den Kälbern war die Gebühr 1923 35 g, 1927 1 S 17 g, also beinahe das Vierfache. Bei den Schafen betrug die Gebühr 1923 39 g, 1927 88 g. Bei Ferkeln und Rigen betrug die Gebühr 1923 26 g, 1927 59 g. Das sind die Beschauggebühren.

Jetzt kommen die Marktgebühren am Zentralfriedhof. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich finde es sehr eigentümlich, daß Sie, wenn man sich verspricht und statt „Zentralviehmarkt“ „Zentralfriedhof“ sagt, darüber so lachen. Die Marktgebühren am Zentralviehmarkt waren für Rinder: 1923: 53 g, 1927 1 S 17 g; für Kälber: 1923 9 g, 1927 20 g; für Schafe: 1923 4 g, 1927 8 g.

Stallgebühr für Rinder: 1923 4 g, 1927 9 g. Einbringungsgebühr für Schweine: 1923 11 g, jetzt 23 g.

Schlachtgebühr im Schweineschlachthaus. Auch hier eine kolossale Verteuerung. Schweine bis 35 Kilogramm 1923 noch 42 g, 1927 aber 94 g. Schweine bis 100 Kilogramm 1923 noch 79 g, 1927 1 S 76 g. Schweine über 100 Kilogramm 1923 1 S 5 g, 1927 aber 2 S 34 g. Sie sehen auch hier eine Verdoppelung bis Verdreifachung der Gebühr im Schweineschlachthaus.

So ist es auf allen Gebieten, wo Sie hinschauen: eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Gebühren.

Die sozialdemokratische Gemeinde Wien, die sich immer rühmt, sie nehme keine Überschüsse von ihren Unternehmungen, bezieht aber auch auf diesem Gebiete, wo es eminent sozial wäre, keine Überschüsse zu nehmen, kolossal viel Überschüsse. Die Fleischgebühren haben 1923 23 Milliarden ausgemacht, 1924 schon 40 Milliarden, 1925 56 Milliarden und 1926 ebenfalls 56 Milliarden. Ebenso ist es mit den Marktaufsichts- und Marktstandsgebühren, die eine Verteuerung von 300 bis 400 Prozent bedeuten. Wenn die Frau Vorrednerin gemeint hat, man solle dazusehen, daß alles billiger wird, so erwidere ich: Hier wäre die Gemeinde Wien in der Lage, verbilligend einzugreifen, sie hat es aber nicht getan und tut es nicht, weil sie auch hier die Not der Bevölkerung benutzt, um einen Raubzug auf die Taschen des Volkes zu unternehmen. (*Zustimmung. — Zwischenrufe.*)

Auch beim Zementzoll wird immer behauptet, daß er eine Beeinträchtigung der Bautätigkeit der Gemeinde Wien und eine Schädigung der heimischen Bevölkerung herbeiführe. Wir haben bei den Verhandlungen über den Zementzoll den Kampf

zwischen den Vertretern der ausländischen Fabrikanten, den Händlern und der heimischen Industrie gesehen. Die Zahl der Händler ist nicht bedeutend, sie verfügen aber über eine gute Organisation, und sie wollten verhindern, daß der heimische Markt der heimischen Industrie erhalten bleibt. Wir haben aber so viel guten Zement in Österreich, daß es nicht notwendig ist, Zement aus dem Ausland einzuführen. Unsere Zementfabriken beschäftigen 4500 Arbeiter und erzeugen 400.000 Tonnen Zement. Sie könnten auch 800.000 Tonnen erzeugen; wir brauchen daher keinen ausländischen Zement. Was eingeführt wird, wird meist nur durch die Gemeinde Wien eingeführt, die merkwürdigerweise Zement im Ausland kauft, weil sie infolge der Dumpingpreise billigere Ware hereinbekommt. Dasselbe macht sie ja auch auf anderen Gebieten. So haben wir erst kürzlich erfahren, daß in Paris keramische Bestellungen gemacht wurden. Wir sehen also, daß die Gemeinde Wien selbst sich keine besonderen Skrupel macht, wenn es gilt, das Handelspassivum zu vergrößern.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen: Die Sozialdemokraten haben durchaus keine Ursache, uns zu beschuldigen, daß wir etwa absichtlich höhere Zölle einheben wollen, um die Bevölkerung unnütz zu belasten. Was gemacht wurde, mußte geschehen im Interesse der heimischen Landwirtschaft, der heimischen Industrie und des heimischen Gewerbes, und deshalb werden wir für die Annahme der Zolltarifnovelle stimmen. *(Beifall und Handklatschen.)*

**Höpf:** Hoher Bundesrat! Es ist zwar eigentlich in diesem Hause ansonsten nicht üblich, daß gesprochen wird, aber es scheint heute so zu sein, daß der Bundesrat wieder einmal Gelegenheit nehmen will, seine Existenzberechtigung nachzuweisen. Ich glaube aber kaum, daß uns der Nachweis glücken wird, daß der Bundesrat in seiner heutigen Zusammensetzung tatsächlich eine Existenzberechtigung hat, weil es ihm leider nicht möglich ist, wirklich positive Arbeit zu leisten. Der Bundesrat ist ja heute nichts anderes, als ein rein auf den politischen Parteien aufgebautes Spiegelbild des Nationalrates, und wenn die sozialdemokratische Partei im Nationalrat gegen die Zolltarifnovelle gestimmt hat, muß sie dasselbe selbstverständlich auch im Bundesrat tun. Es wäre daher wohl angezeigt, den Bundesrat in einer ganz anderen Weise aufzubauen, als er jetzt zusammengesetzt ist. Wir stellen uns den Bundesrat als eine zweite Kammer vor, als eine ständige Kammer.

Da würde jedenfalls positivere Arbeit geleistet werden können, weil es gerade bei so wichtigen Gesetzen notwendig ist, daß sie von verschiedenen Seiten beleuchtet und kritisiert werden.

Was nun die Zollnovelle im besonderen anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß bereits im Jahre 1924 gerade von unserer Seite die Forderung nach einem entsprechenden Schutz der Landwirtschaft gestellt wurde. Es war uns leider im Jahre 1924 nicht möglich, die Forderungen der Landwirtschaft zum Durchbruch zu bringen, weil sich damals noch nicht die Erkenntnis durchgerungen hatte, wie notwendig gerade unsere alpenländische Landwirtschaft eines solchen Schutzes bedarf. Nun hat aber gerade die Vergangenheit gezeigt, daß man im Jahre 1924 gegen die Landwirtschaft schwer gesündigt hat. Die Folgen dieser schweren Sünden auf dem Gebiete der Landwirtschaft zeigen sich ja heute allüberall. Ich glaube auch kaum, daß die Sozialdemokraten aus praktischen Motiven heraus gegen die Annahme der Zollnovelle Stellung nehmen, sondern ich glaube, daß hier mehr das politische Moment maßgebend ist, weil Sie einen Agitationsstoff bei der Bevölkerung draußen, insbesondere bei der Arbeiterschaft und bei den Festangestellten, benötigen. Andernfalls müßten sie unbedingt bei kluger Erkenntnis der Lage unserer Volkswirtschaft in Österreich die Berechtigung der Forderungen der Landwirtschaft einsehen. Der Staat ist ja an der Produktion auf dem Gebiete der Landwirtschaft sehr interessiert, denn wenn die Landwirtschaft entsprechend beschäftigt ist, wenn die Bauern entsprechende Preise für ihre Produkte erzielen, dann ist die natürliche Folge davon, daß jeder Besitzer bestrebt ist, möglichst intensiv zu wirtschaften. Die beste Förderung der Landwirtschaft ist und bleibt die Rentabilität. Wenn ich dem Bauer einen entsprechenden Preis für seine Produkte zugestehen kann, wird er jedenfalls bestrebt sein, möglichst viel aus seinem Grund und Boden herauszubringen. Ist eine Rentabilität für die Produkte nicht gegeben, dann wird es keinem Landwirt einfallen, möglichst intensiv zu wirtschaften, sondern er wird zur extensiven Wirtschaft übergehen. Die staatliche Förderung der Landwirtschaft war ja bei uns in Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern immer eine ziemlich stiefmütterliche. Wenn man uns österreichischen Landwirten heute vorwirft, wir seien rückständig, und uns immer die Schweiz als Muster hinstellt, so würde ich Sie bitten, meine Herren, vergleichen Sie einmal die Ziffern, die die Schweiz zur Förderung der Landwirtschaft verausgabt, mit jenen, die der österreichische Staat dafür verausgabt. Das ist ein wesentlicher Unterschied. *(Klein: Sagen Sie das dem Herrn Dr. Kienböck!)* Wenn die Landwirtschaft entsprechend sichergestellt ist, dann ist es selbstverständlich, daß für die intensive Wirtschaft, die den Bauern dann ermöglicht wird, auch die entsprechenden Industrieartikel, Geräte und dergleichen gehören. Mit dem Wohlergehen der Landwirtschaft ist dann auch naturgemäß ein Wohlergehen unserer heimischen Industrie in engem Zusammenhang. Dadurch wird sicherlich auch die



Arbeitslosigkeit in unserem Staate bedeutend eingedämmt werden, woran ja auch die Sozialdemokraten ein großes Interesse haben dürften. Wenn Sie aber heute in unsere Gebirgswirtschaften hineinblicken, dann fürchte ich sehr, daß die jetzige Zolltarifnovelle, die heute beschlossen werden soll, für viele Leute überhaupt zu spät gekommen ist. Denn der Großteil unserer kleinen Gebirgsbauern ist bereits derart verschuldet, daß sie unter dieser schweren Last und dem hohen Zinsfuß einfach erdrückt werden.

Man hat ja bei uns in Österreich in den letzten Jahren deutlich das ständige Zunehmen der Agrarkrise gesehen, und jeder vernünftige Mensch muß sich sagen, daß einer der Hauptgründe dieser Tatsache darin liegt, daß unsere österreichische Landwirtschaft der ausländischen Konkurrenz preisgegeben wurde. Denn was man im Jahre 1924 der Landwirtschaft in Form von Böllen gegeben hat, kann man höchstens als ein kleines Trinkgeld bezeichnen, nicht aber als einen entsprechenden Schutz der Landwirtschaft. Das Ausland ist in der Lage, wesentlich billiger zu produzieren als unsere Bauern, welche unter ungleich schwierigeren Verhältnissen arbeiten müssen. Wenn Sie in Betracht ziehen, daß in Jugoslawien, in Ungarn, in Rumänien usw. die klimatischen und die Bodenverhältnisse ganz wesentlich günstigere sind als bei uns, so ist es klar, daß die dortigen Bauern mit unseren Bauern leicht konkurrieren können. Der Staat hat aber ein großes Interesse daran, daß auch die Wirtschaft unserer Bauern lebensfähig bleibt. Es muß daher jedem, der ein Interesse an dem Staatsganzen hat, klar sein, daß auch die Landwirtschaft entsprechend geschützt werden muß und daß sie auch in die Lage gesetzt werden muß, intensiver wirtschaften zu können, da es sonst aussichtslos ist, die Existenzfähigkeit unserer Gebirgsbauern auf die Dauer aufrechtzuerhalten.

Seitens der Sozialdemokraten hat sich in der Debatte wieder das Bestreben gezeigt, zwischen den einzelnen Kategorien von Bauern eine gewisse Kluft zu konstruieren, nämlich zwischen den kleinen Besitzern und den größeren Besitzern einerseits und zwischen den Hörndlbauern und den Körndlbauern anderseits. Die landwirtschaftliche Produktion unseres Staates hängt aber so innig in sich zusammen, daß es ausgeschlossen ist, solche Unterschiede zwischen den einzelnen bäuerlichen Gruppen durchzuführen. Ich nehme hier als Beispiel nur die Verhältnisse in Obersteiermark. Die Herren werden sich erinnern, daß in der Vorkriegszeit der ganze Viehhandel von Obersteiermark in den Monaten September, Oktober und November über die einzelnen Pässe, Pyhrn- und St. Gallenerpaß usw., gegangen ist. Dort sind tausende Stück Vieh getrieben worden, weil der oberösterreichische Getreidebauer sich nicht selbst mit Viehzucht befaßt hat und daher gezwungen war, in den reinen Viehzuchtländern das Vieh nachzukaufen.

Dadurch aber, daß nunmehr die Getreidepreise bei uns in Österreich so unrentabel waren, hat man den Hörndlbauer zum Viehbauer gemacht, und so wurde der Tieflandbauer in Obersteiermark zum größten Konkurrenten des Alpenbauers in Obersteiermark. Es hängen die wirtschaftlichen und Produktionsbedingungen in den einzelnen Ländern sehr innig zusammen, und es ist nicht richtig, wenn man zwischen den einzelnen bäuerlichen Kategorien derartige Unterschiede macht. Der Versuch der Sozialdemokraten, eine möglichst große Kluft zwischen einzelnen Kategorien von Bauern zu konstruieren, hat nur den Zweck, auch auf dem Lande Stimmenfang zu treiben. Ich glaube bestimmt, daß auch viele von den Herren der linken Seite dieses Hauses schon zur Einsicht gekommen sind, daß Agrarzölle eine unbedingte Notwendigkeit sind, und wenn es Ihnen mit der Sorge um das Gedeihen auch der Kleinbauern ernst ist, wie Sie dies ja immer behaupten, dann müssen Sie auch unbedingt für diese Zolltarifnovelle stimmen. Denn wenn wir die Verhältnisse beibehalten, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, dann werden Sie nicht mehr mit selbständigen Bauern rechnen können, sondern dann ist unser ganzer Gebirgsbauernstand flöten gegangen. Selbstverständlich, die Zolltarifnovelle allein wird nicht das Ausschlaggebende sein, sondern es wird nunmehr Sache der Regierung sein, die bestehenden Handelsverträge in entsprechend günstiger Form abzuändern, damit unsere Landwirtschaft auch tatsächlich etwas davon hat.

Jene Maßnahmen, die von Seiten der Sozialdemokratie vorgeschlagen werden, wie Getreidemonopol, Mastprämien usw., können für uns nicht stichhaltig sein. Ich verweise nur darauf, daß wir ja im Kriege so schöne Erfahrungen mit der Kriegsgetreidezentrale gemacht haben. Ich glaube, daß unsere Bauern mit derartigen Einrichtungen nicht mehr belästigt werden dürfen. Wir werden daher für diese Zolltarifnovelle stimmen. Ich bitte auch die linke Seite des hohen Hauses, zu einer vernünftigen Einsicht zu gelangen und dafür mitzustimmen, wenn Sie tatsächlich die Kleinbauern, die Sie ja immer hier zu vertreten wünschen und deren Interessen Sie zu vertreten vorgeben, wirklich und ehrlich vertreten wollen. (Beifall.)

**Randler:** Hoher Bundesrat! Wir verhandeln heute hier über ein Gesetz, von dem die Lebensmöglichkeit der Landwirtschaft Österreichs und damit die Lebensmöglichkeit dieses Staates überhaupt abhängt. Ich bin daher auch der Meinung meiner geehrten Vorrednerin aus Steiermark, daß es der Würde dieses Hauses zukommt, über dieses Gesetz so zu beraten, wie es eben der Würde dieses Hauses entspricht. Das ist aber sicherlich nicht der Fall, wenn, wie es meine geehrte Vorrednerin getan hat, ein so wichtiges Gesetz mit nur demagogischen



Argumenten bekämpft wird. Hier können nur sachliche Argumente gelten. Ich werde Ihnen aber beweisen, daß die Argumente, die von der Gegenseite gegen das vorliegende Zollgesetz gebracht wurden, durchaus keine sachlichen sind.

Höher Bundesrat! Als diese Republik ins Leben trat und als sie die ersten Schritte tat, da hat man ihr die Lebensmöglichkeit abgesprochen. Besonders der österreichischen Landwirtschaft hat man die Lebensmöglichkeit und -fähigkeit, das österreichische Volk zu ernähren, abgesprochen. Obwohl an diesem Staate schon so viel gesündigt und auf allen Gebieten herumexperimentiert wurde, hat er sich aber trotzdem bisher als lebensfähig erwiesen. Obwohl die Landwirtschaft lange Zeit gar keinen Schutz hatte, hat sie sich nicht nur als lebensfähig erwiesen, sondern ist in letzter Zeit eine ganz bedeutende Steigerung der Produktion aufzuweisen. Es liegen mir hier verlässliche Ziffern über die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den letzten Jahren vor. Danach beträgt die Steigerung in den acht Jahren seit 1919, beispielsweise bei Winterweizen in der Anbaufläche 24.000 Hektar, in der Ertragsmenge pro Hektar 4,7 Meterzentner, in der Gesamtmenge 900.000 Meterzentner; bei Winterroggen hat die Anbaufläche um 63.000 Hektar zugenommen, und die Ertragsmenge konnte um 4,5 Meterzentner pro Hektar gesteigert werden. Dadurch ist die Gesamtenerntemenge in Roggen um mehr als 2 Millionen Meterzentner gesteigert worden, so daß der Bedarf an Roggen schon jetzt vollständig im Inlande gedeckt werden kann. An Sommergerste wurde die Anbaufläche um 33.000 Hektar, die Erntemenge um 5 Meterzentner pro Hektar und die Gesamtenerntemenge um 1,1 Millionen Meterzentner gesteigert. Ganz besonders ist die Steigerung der Zucker-, beziehungsweise Zuckerrübenproduktion. Hier ist festzustellen, daß die Anbaufläche um ungefähr 14.000 Hektar, die Ertragsfähigkeit pro Hektar durch Intensivierung um zirka 150 Meterzentner pro Hektar und die Gesamtenerntemenge an Zuckerrüben um 4,5 Millionen Meterzentner gesteigert werden konnte.

Aus diesen Ziffern können Sie entnehmen, welche ungeheure Leistungen die Landwirtschaft trotz mangelhaften Zollschatzes durch unermüdete Arbeit der Bauern und aller landeskulturfördernden Organe gemacht haben. Das Ergebnis dieser Produktionssteigerungen ist, daß die Eigenversorgung in Österreich in der Weizenproduktion ungefähr 65 bis 70 Prozent, auf dem Gebiete der Roggenproduktion vollständig und auf dem gewiß auch wichtigen Gebiete der Zuckerproduktion bis zu 50 Prozent den Eigenbedarf deckt. Hierzu kommt noch, daß die für die Volksernährung außerordentlich wichtige Kartoffelproduktion bereits vollständig für die Deckung des Eigenbedarfes ausreicht. Wenn wir noch andere

Produkte betrachten, zum Beispiel Milch- und Molkeerzeugnisse, so ist vor allem bei der Milch festzustellen, daß schon der mäßige Zollschatz es herbeigeführt hat, daß der Inlandsbedarf an Milch derzeit mit 95 Prozent im Inlande gedeckt werden kann. Wenn wir diese Anstrengungen der Landwirtschaft, die sie bisher ohne ausreichenden Schutz gemacht hat, nicht unterstützen und ihr durch einen entsprechenden Schutz Zoll auch nicht die Möglichkeit geben, ihre Waren abzusetzen, so ist das gewiß keine Förderung der Landwirtschaft und keine Möglichkeit, derselben in dieser Republik die Existenz zu sichern. (Beifall.)

Meine verehrte Vorrednerin aus Steiermark hat von einer Verteuerung der Produkte gesprochen, die durch den Zoll herbeigeführt werde. Es haben bereits mehrere Vorredner darauf hingewiesen, daß eine solche Verteuerung nicht zu erwarten ist. Der heute in Beratung stehende Zollsatz ist ja kein Hochschutzzolltarif, sondern das Bescheidenste, was man von einem Zollsatz auf dem Gebiete der Landwirtschaft überhaupt verlangen kann. Ich bin aber auch in der Lage, durch Daten, die im Auslande gesammelt wurden, also nicht die österreichische Färbung haben, nachzuweisen, daß durch eine Zollerhöhung beispielsweise auf Vieh keine Verteuerung des Fleisches eingetreten ist, und ich verweise diesbezüglich auf die Erfahrungen in der Tschechoslowakei, wo die vor zwei Jahren beschlossene Zollerhöhung keine Steigerung der Vieh- und Fleischpreise herbeigeführt hat, da das Ausland die Differenz bezahlt hat. Lassen wir unsere Landwirtschaft ohne Zollschatz, so zahlen eben wir die Importprämie, die das Ausland dann zu zahlen hätte, wenn wir einen entsprechenden Schutz Zoll besäßen. Es wird also keine Verteuerung eintreten, und wir Landwirte wollen auch keine Verteuerung. Es ist eine Lüge, wenn gesagt wird, daß wir höhere Preise wollen, sondern wir wollen nur die Möglichkeit, unsere Produkte abzusetzen, und wir wollen verhindern, daß österreichisches Geld ins Ausland wandert und die österreichische Landwirtschaft dabei verdorren muß. Es wurde hier auch von der Rentabilität der Landwirtschaft gesprochen, und auch da bin ich in der Lage, Ihnen einige verlässliche Daten zu geben. Bekanntlich wurden in den einzelnen Ländern zur Erhebung der Rentabilität der Landwirtschaft eigene Buchstellen errichtet, und es ist mir bekannt, daß speziell in Steiermark die Errichtung dieser Buchstellen von der sozialdemokratischen Partei selbst unterstützt wurde, um einmal nachweisen zu können, was die Landwirtschaft überhaupt trägt. Nun liegen die Resultate dieser Buchstellen für einen gewissen Zeitabschnitt vor, und Sie werden erstaunt sein, welche Rentabilitätsziffern hier von amtlichen Stellen erhoben wurden. In Niederösterreich ist das Ergebnis von 154 landwirtschaftlichen Betrieben ein Durchschnittsreingewinn von 3 Prozent. Dabei ent-

fallen vom Gesamtbetriebskostenaufwand 57 Prozent auf Arbeitskosten. 74 Prozent des Rohertrages sind auf den Märkten direkt verwertet worden. Niederösterreich nimmt hier eine besonders begünstigte Stellung ein, dadurch, daß das Konsumzentrum Wien in nächster Nähe ist, wodurch sich Niederösterreich noch eine verhältnismäßig höhere Rentabilitätsziffer errechnen ließ. In Oberösterreich aber finden wir schon bei den mittleren Betrieben des Niederlandes einen Reinertrag von höchstens 1,2 Prozent und bei den Gebirgsbauernwirtschaften einen solchen von nur mehr 0,3 Prozent. Vorarlberg hat einen Abschluß von 45 landwirtschaftlichen Betrieben vorgewiesen, und die Verzinsung des Landguthkapitals beträgt dort 2,5 Prozent. Bei den Gebirgswirtschaften und bei den Alpenwirtschaften 1,75 Prozent. Sie sehen also, daß auch in einem Lande, wo die Viehzucht hochentwickelt ist, trotz dieser intensiven Wirtschaft eine höhere Rentabilität nicht herausgewirtschaftet werden kann. Ebenso geht es in den anderen Ländern! Auch über Steiermark und Kärnten liegen derartige niedere Rentabilitätsziffern vor.

Es ist hier zwar von einem Redner erwähnt worden, daß es eigentlich nicht Gepflogenheit sei, im Bundesrat eine große Debatte abzuführen. Nun sind aber aus Steiermark allein schon zu dem in Beratung stehenden Gesetz drei zum Worte gekommen.

Ich glaube, Ihnen durch meine Ausführungen den Beweis erbracht zu haben, daß die Landwirtschaft in Österreich nicht eine Nebensache, sondern ein wichtiger, ich möchte sagen, der wichtigste Bestandteil dieses Staates ist, und ich möchte daher meine Rede damit schließen, daß ich Ihnen sage: wenn Sie Einspruch gegen dieses Gesetz erheben, so erheben Sie damit auch Einspruch gegen die Lebensmöglichkeit dieses Staates! (Beifall.)

**Beifall:** Hoher Bundesrat! Ich werde die 210 Beratungsstunden, die die Zollvorlage schon in Anspruch genommen hat, sicher um keine ganze verlängern und werde mich möglichst kurz halten. Eigentlich will ich hier nur eine Erklärung abgeben und Ihnen sagen, weshalb die großdeutsche Partei für die Zollvorlage gestimmt hat und auch hier dafür stimmen wird. Wenn uns die geschätzte Eröffnerin des Reigens, die verehrte Frau Bundesrätin Tausk, gesagt hat, daß wir, die Verteidiger oder Befürworter der Zollvorlage, mit gebundener Marschrute hieherkommen — hochgeschätzte gnädige Frau, da frage ich nun Sie: dürfte es einer aus Ihrer Mitte, aus Ihrer Partei wagen, etwa dafür zu stimmen? Die gebundene Marschrute wird doch bei Ihnen bindender sein als bei uns. (Zwischenrufe.) Meine verehrten Herren! Kommen Sie her, der Saal ist nicht so akustisch, wenn fünf zusammenreden, daß man auf jeden einzelnen aufpassen könnte. Ich möchte nicht in den Verdacht kommen,

daß ich auf Zwischenrufe nicht reagiere, aber hören und verstehen muß ich sie. Vielleicht setzen Sie sich einmal hieher und sagen Sie mir Ihre Einwendungen verständlicher. (Tausk: Wenn die Marschrute gegen das Gewissen ist! Darum hat es sich gehandelt!) Verehrte gnädige Frau! Nehmen wir an, es stünde hier einer auf, der es Ihnen wirklich beweist, daß die Zollvorlage notwendig ist! Nehmen wir an, es käme ein solcher Engel vom Himmel, der Sie überzeugen könnte. Gnädige Frau, glauben Sie, daß Sie dann dafür stimmen würden? Ausgeschlossen! Sie haben die gebundene Marschrute Ihrer Partei, Sie müssen dagegen stimmen, mögen die Vernunftgründe noch so zwingend sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Da sind wir von anderer Art: Wir beschäftigen uns mit unserer Wirtschaft überhaupt, und wir wissen — der Name sagt es ja schon: Schutz Zoll —, daß dieser Zoll für irgendeinen Stand in diesem Staate einen Schutz bedeuten soll. Er soll ihm Hilfe bringen. Und da stehen wir auf dem Standpunkte: Wenn irgendein Stand geschützt, wenn ihm wieder Lebensmöglichkeit geboten wird, dann wird damit die ganze Wirtschaft befruchtet. Wenn uns morgen die Möglichkeit geboten wäre, irgendeinem anderen erwerbenden Stand, meinetwegen dem Baumeisterstand, Hilfe zu bringen, wir würden genau so dafür sein, wie wir hier für die Zollvorlage stimmen, wenn man uns beweisen würde, daß der eventuelle Schaden, der durch eine so an die Wand geschriebene Verteuerung entstehen würde, ungleich geringer ist als der sicher zu erwartende Nutzen, der aus einer solchen Vorlage zu erwarten ist.

Sie sagen hier, es werde nur im Interesse der Großen gesprochen. Fragen Sie doch den kleinen Landwirt — nur darf er nicht sozialdemokratisch organisiert sein, allzuviel haben Sie allerdings nicht in Ihren Reihen, und ob das wirkliche Landwirte sind, müßte auch noch untersucht werden —, fragen Sie die überwiegende Mehrheit der kleinen Landwirte, und sie werden Ihnen sagen: Nun, wir sind mit dieser prophezeiten Teuerung einverstanden. Wenn wir uns auch einen Teil des Lebensbedarfes kaufen müssen, sind wir froh, wenn wir wenigstens für unsere Arbeit etwas mehr einnehmen als bisher. Sie sehen, daß diese Zollvorlage allen Kreisen nur Hilfe und Unterstützung bringt, und deshalb wäre es für uns als für eine Partei, die das Wohl der Volkswirtschaft auf ihr Banner geschrieben hat, Verbot, wenn wir dagegen stimmen würden. Wir sind überzeugt, daß durch die Zolltarifnovelle, wie sie jetzt vorliegt, nicht nur die Lebensfähigkeit der bäuerlichen Wirtschaften geschützt wird, sondern auch neues Leben in sämtliche Wirtschaftsgebiete einkehren wird. Es wird der Gewerbetreibende davon genau so profitieren wie die Industrie. Mit einem Worte: Wir machen damit wohl keinen bedeutenden, aber

immerhin einen kleinen Schritt nach vorwärts, und diesen Schritt werden wir Großdeutsche dadurch ermöglichen helfen, daß wir für diese Zollvorlage stimmen werden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Christoph:** Hoher Bundesrat! Ich bin eigentlich jetzt ganz spontan dazu gekommen, das Wort zu ergreifen, denn es war gewiß nicht unsere Absicht, die Verhandlungen über diese Vorlage, die schon so lange gedauert haben, hier im hohen Bundesrat auch noch zu verlängern. Es hat sich aber beim Zuhören ergeben, daß einzelne Äußerungen nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Diese Zolltarifnovelle ist nicht nur für die Landwirtschaft, insbesondere auch für die Kleinbauern, sondern auch für die Industrie und für die ganze konsumierende Bevölkerung von großer Wichtigkeit, und es ist gar kein Zweifel, daß ihre Wirkungen bis in die kleinsten Haushalte reichen werden. Ein Wortredner — ich glaube, der Herr Kollege Höpfl — hat gemeint, daß die Sozialdemokraten mehr aus politischen Gründen gegen diese Zolltarifnovelle auftreten, und hat den Appell an uns gerichtet, diese Angelegenheit nicht zu politisieren. Wenn auch der politische und wirtschaftliche Gegensatz der zwei großen Parteien immer bestehen bleiben wird und kein ernsther Mensch glauben kann, daß eine Versöhnung dieser Gegensätze dadurch möglich wäre, daß der eine oder der andere Teil auf seine Anschauungen verzichtet. Wenn nun auch in diesem Hause — ich habe auch die Verhandlungen des hohen Nationalrates genau verfolgt — versucht worden ist, diesen Zolltarif von wirklich kleinlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten, dann hat dies insbesondere der Kollege Rotter getan — ich kann ihm diesen Vorwurf nicht ersparen. Wenn wir aber die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen unserer Gesetzgebung, speziell unserer Steuer-, Gebühren- und Zollgesetzgebung betrachten, könnten wir, wenn wir kleinlich wären, mit ganz anderen Dingen dienen; es sind mir jetzt Ziffern nicht zur Hand. Der Herr Kollege Rotter hat sich auf seine Rede ja vorbereitet, um der Stadt Wien bei Gelegenheit dieses Zolltarifs politisch eins anzuhängen. Hätten wir ebenfalls solche Absichten gehabt und stünden uns die Ziffern zur Verfügung, so könnten wir beweisen, daß viele christlichsoziale Gemeinden viel höhere Markt-, Schlacht- und Beschaugebühren usw. haben als Wien. *(Zustimmung.)* Wir haben aber die Zolltarifnovelle nicht von diesem kleinlichen Gesichtspunkt aus aufgefaßt. Wir haben verschiedene Vorschläge gemacht, auf die ich noch kurz zu sprechen kommen werde. Wenn die Stadt Wien die von Kollegen Rotter mitgeteilten Gebühren einhebt, so steht ihnen dafür ein geordneter, mustergültiger Betrieb gegenüber. *(Rotter: Das war schon vor dem Kriege!)* Wir haben das nicht als eine Errungenschaft der Sozialdemokratie reklamiert.

Wir wissen schon, daß Sankt Marg, die Hallen usw. schon früher gewesen sind. Wenn wir also von diesen Dingen reden wollen, dann möchte ich fragen: Was hebt der Staat an Umsatzsteuern ein? Steuern, die nicht nur die Landwirte treffen, sondern sie auch durch ihre Art, die Pfaffenbesteuerung und komplizierte Verschreibung, arg benachteiligen und schikanieren? Heben Sie die Warenumsatzsteuer auf alle diese Dinge auf *(lebhaft Zustimmung)*, dann werden wir über die Zolltarifnovelle als Sozialdemokraten auch anders reden. Dann werden wir eine ganz andere Stellung zu gewissen Zollansätzen und Tarifposten einnehmen. Glauben Sie, daß die staatliche Übertragungsgebühr die Landwirtschaft, besonders die Kleinen, nicht fürchterlich drückt? Fragen Sie Ihre Wähler, die großen und die kleinen Grundbesitzer! Man soll also, wenn man in einem Glashaus sitzt, nicht mit Steinen werfen, sonst gibt es ein politisches Geschcepper. Das ist nicht notwendig. Es ist gesagt worden, wir können nichts daran ändern. Das ist richtig. Sie können hier nicht anders stimmen wie im Nationalrat, und wir können auch nicht anders stimmen. *(Sturm: Es ist gesagt worden, wir stimmen gegen unser Gewissen!)* Nur das ist unrichtig, daß Sie uns zumuten, daß wir aus irgendeinem Zwang als Sozialdemokraten gegen diese Zolltarifnovelle in ihrer jetzigen Gestalt stimmen. Ich sage Ihnen, meine Herren, wir stimmen aus Überzeugung dagegen. *(Beifall.)* Sie dürfen es mir zubilligen, soweit meine Auffassung und meine Erfahrungen reichen — und ich habe einige Erfahrungen in diesen Dingen —, sage ich Ihnen ganz offen: Vieles, was hier sowohl von den christlichsozialen Rednern als auch von dem großdeutschen Redner in bezug auf die Landwirtschaft und ihre Förderung gesagt wurde, trifft zu. Wir Sozialdemokraten sehen das auch ein, und wir haben keinen sehnlicheren Wunsch, als daß die gesamte Produktion, insbesondere die landwirtschaftliche Produktion, sich hebt und intensiver wird. Aber dieselben wirtschaftspolitischen Möglichkeiten wünschen wir bei diesem Zolltarif auch für die Industrie gesichert und für alle, die in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel und im Gewerbe arbeiten.

Wenn hier Vorwürfe zu erheben sind, daß die Landwirtschaft — wie es tatsächlich gewesen ist — im alten Staat sehr vernachlässigt wurde, daß Grund und Boden verschuldet war, daß dem Bauer seine Arbeit überhaupt nicht bezahlt worden ist, dann machen Sie diese Vorwürfe doch nicht der Sozialdemokratie! Diese Vorwürfe müssen Sie gegen die Regierungen richten. Wenn heute die Verschuldung so ungeheuer ist, wenn heute die Landwirtschaft tatsächlich bei einem Grad der Verschuldung angelangt ist, der auf die Dauer unerträglich ist, dann sage ich Ihnen: Auch die Industrie ist vollkommen verschuldet. Wir sind eben ein an den

Westkapitalismus vollkommen verschuldeter Staat, und zwar nicht ganz ohne Verschulden der Regierung und ihrer Methoden. *(Ruf: Der Regierung Renner!)* Nein, der Regierung Seipel, sage ich Ihnen jetzt. Ich wollte nicht persönlich werden, aber jetzt, nach dem Zwischenruf sage ich Ihnen: Nicht ganz ohne Schuld der Regierung Seipel! *(Zwischenrufe.)* Wir anerkennen jederzeit, daß auch die Landwirtschaft an ihrer Produktion, durch den Verkauf ihrer Produkte so viel verdienen muß, daß sie halbwegs leben kann. Denn wir haben die volkswirtschaftliche Anschauung, daß in diesem kleinen Staat, der ohnehin sehr schwierige Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft und die Industrie hat, der einen sehr eingeeengten Handel hat und vollkommen kapitalarm ist, daß also in einem solchen Staate beide Produktionsgruppen leben müssen. Mit einem Lungenflügel kann der Körper nicht arbeiten. Aber nun befinden Sie sich in einem großen Irrtum. Wir haben Verbesserungen zur Novelle beantragt. Ich rede nicht vom Gespenst der Teuerung, nicht davon, daß die Zolltarifnovelle vielleicht sachlich eine Ursache ist, zur Verteuerung dieser oder jener Produkte der Landwirtschaft oder der Industrie zu führen, aber es zeigt sich schon jetzt, daß man, bevor noch diese Zollnovelle als Instrument für Handelsvertragsverhandlungen dienen kann, mit Berufung darauf, daß jetzt der neue Zolltarif kommt, die Preise erhöht. *(Widerspruch.)* Das ist das Gefährliche, meine Herren, und daher sage ich Ihnen: Ich kann mir vorstellen, daß es auch indirekt bei der Ausnutzung der Zolltarifnovelle dazu kommen kann, daß verschiedene Gruppen schaffender Menschen Lohnerhöhungen und Gehaltserhöhungen verlangen werden müssen, weil sie eben nicht weiterleben können. Ich bin aber nicht so demagogisch, etwa zu sagen, daß der Zolltarif allein daran Schuld wäre. Wir Sozialdemokraten wollen ebenfalls im Interesse der konsumierenden Bevölkerung die Produktion der Industrie und der Landwirtschaft fördern. Auch wir bemühen uns, die Industrie zu rationalisieren und zu intensivieren, wie wir es auch mit Freude anerkennen, daß eine Reihe von österreichischen Bundesländern in den letzten fünf Jahren für die Hebung und Intensivierung der Landwirtschaft viel geleistet hat. Wir haben in Kartoffeln den Bedarf überdeckt, in Molkereiprodukten den Bedarf ebenfalls gedeckt und teilweise überdeckt, und wir sind im Zuckerrübenbau auf dem Wege, unseren Bedarf so zu decken, daß sich unsere Handelsbilanz verbessern wird. Das geben wir alles zu, und wir wünschen auch, daß es so sei. Eines aber dürfen Sie uns hier nicht sagen: daß wir aus rein politischen Motiven gegen diese Zolltarifnovelle sind. Sie haben unsere Verbesserungsanträge abgelehnt. Warum haben Sie den gleitenden Getreidezoll usw. abgelehnt? *(Ruf: Weil er nichts wert ist!)* Der Herr Kollege

Stöckler hat gesagt, daß er sich mit der Idee früher sehr befreundet hatte. Gewiß kann sowohl ein Christlichsozialer als ein Sozialdemokrat später einsehen, daß etwas nicht richtig ist. Wenn Sie uns aber sowohl drüben im Nationalrat wie hier beschuldigen, daß wir aus politischer Demagogie oder aus politischer Agitation gegen die Zolltarifnovelle stimmen, so nehmen Sie folgendes zur Kenntnis: Wir anerkennen, daß es hier sicherlich vieles gibt, was verbessert werden könnte, wenn Sie wollten. Sie werden wieder sagen, es könnte vieles verbessert werden, wenn wir wollten. Das eine aber müssen wir zurückweisen, daß wir aus politischen oder demagogischen Gründen gegen die Zolltarifnovelle stimmen. Wir stimmen dagegen aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen im Auftrage des weitaus größten Teils der konsumierenden industriellen und städtischen Bevölkerung und der kleinen Landwirte. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Berichterstatter **Stöckler**: Ich will mich in meinem Schlussworte ganz kurz fassen und nur mit ein paar Worten auf die geehrten Herren Vorredner reagieren. Ich bekenne ganz offen und mache kein Hehl daraus, daß ich ein Anhänger des gleitenden Zolles war. Ihr Führer Dr. Bauer hat selbst offen erklärt, daß der gleitende Zoll nicht seine Erfindung war, sondern daß er diesen Gedanken aufgegriffen hat. Nun haben wir aber die Sache ausprobiert, und wir haben die Wirkungen an unseren Preisen gesehen. Es hat sich gezeigt, daß diese Einrichtung eine Katastrophe für ganz Österreich, nicht nur für den Bauer ist. Denken Sie nur daran, was wir jetzt deutlich erlebt haben: Mit dem Abfallprodukt des Getreides, das im Ausland bleibt, weil das Mehl eingeführt wird, füttert das Ausland sein Vieh und konkurrenziert uns mit dem gemästeten Vieh nieder. Wir sind selbst Bauern, die aus dem praktischen Leben herauskommen, wenn Sie so häufig einen Unterschied zwischen Getreidebauer und Viehbauer konstruieren und sagen, der Viehbauer braucht Hilfe, aber man darf dabei nicht den Progenbauer oder den Großgrundbesitzer — wie die Sprecherin der Opposition sagte — mit hohen Getreidepreisen fördern. Das ist eine allgemeine Frage des Bauernstandes. Hoher Bundesrat! Das Natürlichste in unserem Staate wäre, daß der Flachlandbauer kein Vieh züchtet und der Gebirgsbauer das Vieh züchtet und der Flachlandbauer es benutzt zur Milcherzeugung und Mästung. Aber ich fordere die geehrten Mitglieder der Opposition auf, gehen Sie hinaus in die Bauernhöfe! Zu meinem Bedauern sehe ich sehr häufig in Niederungen, wo nur Getreide gebaut werden kann und soll, da haben die Landwirte ihre Stallungen mit Zuchtvieh voll. Da muß man sich an den Kopf greifen und sagen: Was veranlaßt einen solchen Bauer, Vieh zu

## 118. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 4. November 1927. 1343

züchten? Weil sich der Getreidebau nicht rentiert. Und hier, geehrte Frau Bundesrätin Tausk, komme ich auf die Frage, die Sie besonders hervorgehoben haben. Sie haben gesagt, diese Zölle helfen einer dünnen Schicht der Bevölkerung, den Großgrundbesitzern. Meine Damen und Herren! Belügen wir uns doch nicht! Wir wissen alle, daß der Großgrundbesitz in Österreich eigentlich Null ist, daß man davon gar nicht sprechen soll. Wenn der Bauer in Österreich kein Getreide bauen würde, dann müßte beim ersten Wirbel, der einmal losgeht, unsere Bevölkerung verhungern. Man hat mit diesen Getreidebauern freventlich gespielt. Ich erinnere mich, vor dem Kriege hat es geheißt — nicht nur von Ihrer Seite, sondern auch in gewissen bürgerlichen Kreisen: der Getreidebauer hat in Österreich keine Existenzberechtigung. Ich erinnere mich, daß Bürgermeister Seitz im alten Parlament einmal gesagt hat, es wäre lächerlich, wenn wir uns auf den österreichischen Getreidebau verlassen müßten. Ein paar Jahre sind vergangen, und wir haben uns darauf verlassen müssen. *(Lebhafter Beifall. — Winter: Wie haben wir dabei gelebt! — Klein: Wir sind verhungert!)* Ja gewiß, wir sind verhungert. Warum? Weil Österreich nicht so viel Getreide gebaut hat, insbesondere nicht so viel Brotgetreide, und in dieser ganzen Sache vom Ausland abhängig war. Heute gehen wir den Weg der Produktionsförderung, und da muß auch der ärgste Feind unserer Landwirtschaft anerkennen, daß in diesen paar Jahren seit dem Kriege, der der Landwirtschaft so übel mitgespielt hat, Großes geschehen ist. Heute sind wir so weit, daß wir sogar die Hoffnung hegen, daß wir auch mit Weizen unser Volk werden versorgen können. Aber alles ist eine Preisfrage.

Das ist eben der große Unterschied, den ich bei der Sozialdemokratie nicht begreife, daß sie gegen Preiserhöhungen der Industrieartikel gar nicht oder weitaus nicht in dem Maße Stellung nimmt wie gegen Preiserhöhungen in agrarischen Artikeln. Dort sagen sie sich ganz richtig, der Arbeiter muß bezahlt werden. Aber auch hier ist es doch nur eine Lohnfrage für den Bauer und seine Arbeit und nicht mehr. Wenn sich der Getreidebau nicht rentiert, muß der Bauer zu einer anderen Betriebsart greifen. Aber die Landwirtschaft kann sich nicht über Nacht umstellen. Einen Industriebetrieb kann man in kurzer Zeit umstellen. Fragen Sie auch Ihre Sachverständigen: Eine Betriebsumstellung in der Landwirtschaft ist eine ungemein schwere Sache und dauert jahrelang. Deshalb müssen wir heute vorsorgen. Es ist dies unsere heiligste Pflicht. Die Gewissensfrage, die uns die Frau Rednerin so ans Herz gelegt hat, die geht dahin, daß wir uns sagen: Wir müssen für unser Volk heute schon sorgen, bevor wir eine Absperrung haben *(lebhafter Bei-*

*fall)*, damit wir dann unser Volk ernähren können. Kommen Sie uns daher nicht mit solchen Phrasen, daß eine dünne Schicht der Bevölkerung an den Getreidepreisen ein Interesse habe! Die ganze Landwirtschaft hat daran ein eminentes Interesse und auch der Konsum.

Wir müssen es so einrichten, daß wir vom Auslande unabhängig werden. Wir bauen Elektrizitätswerke, damit wir, wenn man die Kohle nicht zu uns hereinlassen sollte, wenigstens die weiße Kohle haben. So muß man auch hier vorgehen. Das ist keine Parteifrage, und ich gebe darin dem Herrn Kollegen Christoph Recht. Es ist kein Politikum, sondern eine große und heikle Wirtschaftsfrage, und die Sozialdemokratie würde sich gar nichts vergeben, wenn sie den Wünschen und Beschwerden der Landwirtschaft Rechnung tragen würde. Es handelt sich nicht um den Schutz des Großgrundbesitzers oder des Großbauern, sondern um den Schutz der gesamten Landwirtschaft; auch der kleine Bauer, der nur einige Meterzentner zu verkaufen hat, hängt von dem Preise ab, den er für diese geringe Quantität erzielt. Dieser Gesichtspunkt leitet uns bei der Beratung der Zolltarisfnovelle. Gewiß liegt eine Schwierigkeit darin, daß wir die Wirkungen nicht mit Sicherheit berechnen können. Wir sagen auch nicht, daß wir dann, wenn dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, das Ei des Kolumbus gefunden haben. Es kommt auch auf die wirtschaftliche Entwicklung der späteren Jahre an, und der autonome Zolltarif unterliegt naturgemäß immer gewissen Schwankungen der Wirtschaft und muß jeweils so geändert werden, wie wir ihn brauchen. Wenn die Zölle, die gebunden sind, doch zum großen Teil wirksam werden, könnte diese Zolltarisfnovelle nach unserer Überzeugung ein Segen nicht nur für die Landwirtschaft sein, sondern auch für die Industrie und dabei sicher auch kein Nachteil für den Konsum. Es sind alle Vorichtsmaßregeln getroffen, und ich erinnere daran, wie man zum Beispiel bei der Novelle des Jahres 1926 die Sorge geäußert hat, daß durch den Milchzoll der Milchpreis furchtbar steigen werde. In Wahrheit ist die Milch sowohl in ihrer Qualität als auch in ihrer Quantität gestiegen, nicht aber im Preise, weil eben infolge der Ausschaltung ausländischer Milch im Inlande viel mehr produziert werden konnte. Wir sehen aus diesem einen Falle allein, was unsere Landwirtschaft imstande wäre, wenn die nötigen Vorbedingungen gegeben sind. Alles ist aber eine Frage des Produktpreises. Darum schließe ich meine Ausführungen mit dem Ausdruck meiner Überzeugung, daß wir dadurch, daß wir keinen Einspruch gegen dieses Gesetz erheben, der ganzen österreichischen Volkswirtschaft einen großen Dienst erweisen, und ersuche Sie um Annahme meines Antrages. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Der nächste Verhandlungsgegenstand ist der Gesetzes-

1344

118. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 4. November 1927.

beschluß des Nationalrates vom 3. November 1927 über die Abänderung des §. 3. des Bundesgesetzes vom 18. Juli 1924, B. G. Bl. Nr. 259, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 239, betr. das Verhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Hauptkörperschaften zu den Bundesbehörden.

Berichterstatter **Sturm**: Hoher Bundesrat! Die Regierung hatte die Aufgabe, in den Ländern, in denen noch keine auf demokratischer Grundlage basierende, mit Umlagenrecht ausgestattete landwirtschaftliche Hauptkörperschaft bestand, eine solche im Verordnungswege zu ernennen. Das betreffende Gesetz war mit dem 31. Juli 1927 befristet, weil man gehofft hatte, daß alle Länder bis dahin mit dem Ausbau der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaft fertig sein würden. Da dies in Wien, Oberösterreich und Kärnten noch nicht der Fall ist, hat der Nationalrat

ein Gesetz beschlossen, wonach das in Rede stehende Gesetz um zwei Jahre bis zum 31. Juli 1929 verlängert wird. Es ist zu hoffen, daß bis dahin auch die drei noch ausständigen Länder mit der Arbeit fertig werden. Ich beantrage, gegen diesen Gesetzesbeschluß keinen Einspruch zu erheben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Ein gehörig unterzeichneter Antrag der Bundesrätin Dr. Pichl u. Gen., betr. die Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften (24/A), wird dem Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten zugewiesen.

Die L. D. ist erledigt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 5 Min. nachm.